

Yukio Takeuchi jedoch energisch. Er erklärte, es hätte sich vielmehr so verhalten, dass ein Patrouillenboot der japanischen Küstenwache von dem später gesunkenen Schiff unter Beschuss genommen worden wäre. Während des Vorfalls von japanischer Seite angefertigte Videoaufnahmen würden belegen, das die angegriffene japanische Küstenwache in Notwehr gehandelt hätte. (XNA, 27.2.02; Kyodo News Service, 6.3.02, nach BBC PF, 7.3.02; Kyodo News Service, 8.3.02, nach BBC PF, 9.3.02) -kg-

9 Indischer Außenminister reist mit erstem Linienflug nach China

Die Eröffnung der ersten Direktflugverbindung zwischen Indien und China Ende Februar nahm der indische Außenminister Jaswant Singh zum Anlass für seinen fünftägigen Besuch in China. Singh traf in Beijing mit seinem chinesischen Amtskollegen Tang Jiaxuan und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Qian Qichen zu getrennten Konsultationen zusammen, bevor er in die Hauptstadt der Provinz Shanxi, Taiyuan, weiterreiste, um dort Gespräche mit Zhu Rongji zu führen und seinen Besuch dann in Shanghai zu beschließen.

Beide Seiten betonten, die nun aufgenommene Flugverbindung werde zu einem wachsenden Verständnis füreinander beitragen. Desgleichen betonte Singh, er erwarte dasselbe von einer Ausweitung des bilateralen Handels, der mit einem jährlichen Volumen von lediglich 3,6 Mrd. US\$ erhebliches Wachstumspotenzial biete. Beide Seiten kamen daher überein, den Warenaustausch zwischen den beiden Staaten zu fördern. Dazu sollen auch gegenseitige Erleichterungen für die Erteilung von Visa dienen. Zu einem besseren Verständnis des südlichen Nachbarn soll in China darüber hinaus der Tourismus beitragen. Während Singhs Besuch kündigte die chinesische Regierung an, Indien werde der Liste der möglichen Zielländer für chinesische Auslandstouristen hinzugefügt, was der indische Außenminister ausdrücklich begrüßte.

Bei der Chinareise Singhs handelte es sich um eine Erwiderung zum Besuch Zhu Rongjis in Indien im Januar die-

ses Jahres. Im Gespräch mit Tang Jiaxuan wurde dem Vernehmen nach eine Vielzahl bilateraler Themen angesprochen, darunter auch der Fortgang der Verhandlungen über die Festlegung der gemeinsamen Grenze. Eines der wichtigsten Ergebnisse dürfte jedoch die Festlegung des ersten Termins für bilaterale Gespräche zur Terrorismusproblematik sein, die am 23. April in Neu-Delhi stattfinden sollen. Das Treffen wird von chinesischer Seite vom Generaldirektor der Asienabteilung im Außenministerium wahrgenommen werden. Der transnationale Terrorismus war eines der entscheidenden Themen der Unterredungen.

Der Etablierung eines Dialogmechanismus zur Terrorismusbekämpfung zwischen Indien und China ist große Bedeutung auch im Kräfteparallelogramm mit Russland und den USA beizumessen. Die Volksrepublik China unterhält einen derartigen formalisierten Dialog ansonsten bislang nur mit diesen beiden Staaten. Während die Nachricht darüber in Indien über die Medien verbreitet wurde, fehlte in den chinesischen Massenmedien jedoch jeder Hinweis darauf. In Beijing überwogen offensichtlich die Bedenken hinsichtlich der Aufnahme einer solchen Nachricht in Pakistan, das eine engere Zusammenarbeit zwischen China und Indien in dieser Frage als kontraproduktiv für die eigenen Interessen bewerten könnte.

Auch in dem Gespräch mit Zhu Rongji in Taiyuan ging es vornehmlich um Maßnahmen zur gegenseitigen Vertrauensbildung. Der bereits im Rahmen des Besuchs Zhus in Indien zu diesem Zweck vereinbarte bilaterale Dialogmechanismus wurde konkretisiert. Verschiedene für die kommenden sechs Monate geplante hochrangige Treffen zu unterschiedlichen Themenbereichen sollen diese Dialogarchitektur erstmalig in der Geschichte der bilateralen Beziehungen mit Leben erfüllen. Einen vergleichbar intensiven formalisierten bilateralen Austausch pflegt Indien derzeit lediglich mit Russland und den Vereinigten Staaten. Der Austausch in Sicherheitsfragen soll im Juli oder August in Beijing aufgenommen werden.

Als Zeichen des guten Willens auf der chinesischen Seite gilt nicht nur die für Ende des Jahres geplante China-

reise des indischen Premierministers Atal Behari Vajpayee. Als entscheidendes Signal wird gewertet, dass China auch einem Besuch durch den indischen Verteidigungsminister George Fernandes zu einem „für beide Seiten günstigen Termin“ zugestimmt hat. Eine Reihe von Aussagen Fernandes' über die chinesische Bedrohung hatte 1998 zu großer Verärgerung auf chinesischer Seite geführt. (PTI, 29.3.02, nach BBC PF, 30.3.02; PTI, 30.3.02, nach BBC PF, 31.3.02; Xinhua, 30.3.02, nach BBC PF, 31.3.02; Doordarshan TV, 30.3.02, nach BBC PF, 31.3.02) -kg-

Innenpolitik

10 Jahrestagungen des NVK und der Politischen Konsultativkonferenz

Zu den jährlichen Plenartagungen kamen in der ersten Märzhälfte insgesamt über 5.300 Delegierte des Nationalen Volkskongresses (5. bis 15. März) und der Politischen Konsultativkonferenzen (3. bis 14. März) in Beijing zusammen. Das zeremonielle Ereignis der „zwei Tagungen“ (*liang hui*), das von rund 2.500 in- und ausländischen Journalisten beobachtet wurde, bildete auch in diesem Jahr einen prominenten Anlass für hochrangige Vertreter aus Regierung und Partei, sich zu einschlägigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Themen autoritativ zu äußern. Ein ausführlicher Beitrag im hinteren Teil dieses Heftes fasst die wichtigsten Inhalte der politischen Ankündigungen und Debatten während der fünften und damit letzten Plenartagung des IX. NVK zusammen. -hol-

11 Schwere Arbeiterunruhen in Nordostchina – Die Kehrseite der Unternehmensreform

Nach Berichten internationaler Medien ist es im Verlauf des März in zwei Provinzen im Nordosten Chinas zu schweren Arbeiterunruhen gekommen. So weit bekannt ist, handelte es sich bei den Unruhen, die in Daqing in der Provinz Heilongjiang und in Liaoyang

in der Provinz Liaoning jeweils mehrere Zehntausend Menschen mobilisiert haben sollen, um die größten Protestaktionen von Arbeitern in der Geschichte der Volksrepublik.

Aufgrund einer effektiven Nachrichtensperre in den offiziellen chinesischen Medien ist die Situation allerdings sehr intransparent. Die verfügbaren Informationen, die von Hongkonger und internationalen Menschenrechts- und Gewerkschaftsorganisationen verbreitet und von ausländischen Medien nachrecherchiert wurden, sind nicht immer einheitlich und zum Teil lückenhaft. Die folgende Darstellung kann daher nur ein ungefähres Bild und eine vorläufige Einschätzung der Ereignisse geben.

Wie der in Hongkong lebende Gewerkschaftsaktivist und Herausgeber des *China Labour Bulletin*, Han Dongfang, Anfang März berichtet hat, haben seit dem 1. März dieses Jahres Arbeiter in Daqing gegen den Betreiber der dortigen Ölfelder, das Unternehmen PetroChina (eine Tochter des Erdölgiganten China National Petroleum Corporation), demonstriert. Die Proteste richteten sich gegen Kürzungen von Zahlungen, die das Unternehmen ursprünglich im Rahmen einer Restrukturierungsstrategie rund 80.000 Arbeitnehmern als Abfindung für Stellenkürzungen in Aussicht gestellt hatte. Ferner weigerten die betroffenen Arbeiter sich, eine Anhebung der Rentenversicherungsbeiträge hinzunehmen, die ihnen zeitgleich abverlangt wurde.

Nachdem die am ersten Tag von rund 3.000 Arbeitern an das lokale PetroChina-Verwaltungsbüro in Daqing überbrachten Forderungen nicht auf Gehör stießen, stieg die Zahl der Protestierenden in den Folgetagen stark an – nach Informationen Han Dongfangs sollen sich am 4. März bis zu 50.000 Personen den Demonstrationen angeschlossen haben. Arbeiter von mehreren Ölfeldern in der Provinz Liaoning sollen ihre Solidarität mit den Kumpeln aus Daqing bekundet haben.

Bereits in den ersten Tagen der Proteste sollen die von dem Stellenkürzungsplan betroffenen Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen eine eigene provisorische Gewerkschaft mit gewählten Repräsentanten ins Leben ge-

rufen haben. Wie Han Dongfang in Erfahrung gebracht haben will, haben Vertreter der lokalen Untergliederung der offiziellen Gewerkschaftsorganisation „Allchinesischer Gewerkschaftsbund“ (ACFTU) die Gründung der unabhängigen Gewerkschaft in Daqing insofern bestätigt, als sie betonten, dass derartige Organisationen nur auf Initiative des ACFTU, nicht aber auf Initiative von Arbeitern selbst gegründet werden könnten. Das provisorische Organ der vom Stellenabbau betroffenen Kumpel in Daqing sei daher illegal, zumal die dort vertretenen Personen ja bereits in die Kürzung ihrer Stellen eingewilligt hätten und damit formal nicht länger als reguläre Arbeitnehmer gälten. („50.000 Daqing Oilfield Workers Organise Independent Trade Union“, press release, 6.3.02, in: <http://iso.china-labour.org.hk/iso>)

Internationalen Presseberichten zu Folge hielten die Proteste in Daqing in den folgenden Wochen an; erst Anfang April soll die Zahl der Demonstrierenden, die bis dahin wiederholt mehrere Zehntausend betragen haben soll, gesunken sein. Die lokalen Regierungsbehörden sollen bis zu tausend paramilitärische Sicherheitskräfte nach Daqing entsandt haben, um die Kontrolle über die Proteste zu wahren; zwischen diesen und den Protestierenden wurden wiederholt gewaltsame Ausschreitungen verzeichnet, in deren Verlauf mindestens zwei Arbeiter verhaftet worden sein sollen. (Vgl. <http://iso.china-labour.org.hk/iso>, jüngere Meldungen; *Economist*, 6.4.02)

Vergleichsweise detailliertere und besser gesicherte Informationen liegen über ähnlich große Protestaktionen vor, an denen sich seit dem 11. März bis zu 30.000 Personen aus verschiedenen Fabriken in der Stadt Liaoyang, Provinz Liaoning, beteiligt haben sollen. In diesem Fall war es das Hongkong Information Centre for Human Rights and Democracy, das als erstes über die Arbeiterunruhen berichtete, woraufhin auch andere internationale Nichtregierungsorganisationen und die internationale Presse Recherchen aufnahmen.

Den verfügbaren Informationen gemäß begannen die Unruhen in Liaoyang mit Protesten von rund

5.000 Arbeitern aus zunächst sechs staatlichen Betrieben der Stadt. Die Fabriken, die im Leichtindustrie- und Maschinenbaubereich (Ferrolegierung, Mess- und Präzisionsinstrumente, Kolbenringherstellung, Textilien, sowie Lederverarbeitung) angesiedelt sind, sollen sämtlich vor dem Bankrott stehen. Die Fabrikarbeiter kamen vor dem Gebäude der Stadtregierung zusammen, um gegen das Ausbleiben von Löhnen und Beihilfen aufmerksam zu machen. Wie das Hongkonger Informationszentrum berichtete, sollen die Gehälter in einigen Fällen seit bis zu 18 Monaten nicht ausbezahlt worden sein.

Besonderen Unmut erregten Nachrichten, wonach die Leitung eines Liaoyanger Ferrolegierungsbetriebs in unlauterer Absprache mit der Stadtregierung den Bankrott des Unternehmens erklärt haben soll, nachdem eine zuvorige Aufforderung der Belegschaft zur Rechnungsprüfung ignoriert worden war. Die 3.000 Arbeiter der Fabrik, die in der Folge ihre Arbeitsplätze verloren haben, warfen der Betriebsleitung vor, vordergründig das Konkursverfahren eingeleitet zu haben, um sich wertvolle Anteile des Betriebsvermögens zum persönlichen Nutzen zu sichern. So weit sich nachverfolgen lässt, übernahmen die Arbeiter dieses Ferrolegierungsbetriebs in den Protesten von Anfang an eine führende Rolle.

Neben der Auszahlung ihrer Gehälter und der Aufklärung korrupter Praktiken unter den Betriebsleitungen und den kommunalen Verwaltungskadern sollen die Arbeiter außerdem den Rücktritt des Vorsitzenden des städtischen Volkskongresses und Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses, Gong Shangwu, gefordert haben. Die Protestierenden verlangten, dass er die Verantwortung für die mangelhafte und ineffiziente Arbeit übernehme, die das lokale Parlament im Hinblick auf den Schutz der Arbeitnehmerrechte und die Kontrolle der Regierungsarbeit in den letzten Jahren geleistet habe. (Information Centre for Human Rights and Democracy, 11.3.02, nach BBC, 13.3.02)

Wie aus weiteren Berichten hervorgeht, weiteten sich die Proteste im Verlauf des Monats März schrittweise aus, nachdem Vertreter der lokalen

CHINA aktuell

Partei- und Regierungsbehörden, die am 12. März zunächst mit Abgesandten der Fabrikarbeiter unter Amnestiezusicherungen in einen Dialog getreten waren, die Protestaktionen als illegal bewerteten. Die Fabrikarbeiter beharrten nicht nur auf der Legitimität ihrer Forderungen, sondern es gelang ihnen offenbar auch, die Belegschaften weiterer Fabriken für die Unterstützung ihrer Ziele zu gewinnen. Verschiedenen Quellen zu Folge protestierten in den Folgetagen mehrere Zehntausend Arbeiter aus rund zwanzig Liaoyanger Fabriken vor der Stadtregierung.

Die Situation eskalierte, als ein 54-jähriger Vertreter einer an dem besagten Liaoyanger Ferrolegierungsbetrieb ins Leben gerufenen unabhängigen Arbeiterorganisation namens Yao Fuxin am 17. März von Sicherheitskräften verhaftet wurde. Am selben Tag wurden Kontingente der bewaffneten Volkspolizei zu einer umfassenden Sicherheitsaktion in die Stadt entsandt. Über den Verbleib von rund einem Dutzend weiterer Arbeiterführer, die ebenfalls festgenommen oder untergetaucht sein könnten, herrscht seither Unklarheit. Am 18. März wuchs daraufhin die Zahl der Protestierenden auf 30.000 an, die die Freilassung Yao Fuxins und erneut den Rücktritt Gong Shangwus verlangten, der gerade von der NVK-Jahrestagung aus Beijing zurückgekehrt war. Nachdem die Proteste trotz des Aufgebots an Sicherheitskräften auch in den Folgetagen nicht abrisen, wurden weitere Arbeiteraktivisten, teilweise auch deren Familienmitglieder, festgenommen. (Hong Kong AFP, 19.3.02, nach FBIS, 19.3.02; *Straits Times*, 20.3.02; NZZ, 25.3.02; <http://iso.china-labour.org.hk/iso>)

Noch Ende März hielten die Protestaktionen an, was schließlich die Zentralregierung dazu veranlasste, einzuschreiten. Einem Artikel der Hongkonger *South China Morning Post* zu Folge soll Beijing die lokalen Behörden aufgefordert haben, jegliche Vernetzung zwischen den Protestierenden mit „feindlichen ausländischen Kräften“ oder auch mit Arbeiteraktivisten in anderen Landesteilen Chinas strikt zu unterbinden. Die zentrale Führung hatte hier offenbar Vorwürfe aufgenommen, wonach die Fabrikarbeiter in Nordostchina im Verein mit internationalen Gewerkschafts- bzw.

Menschenrechtsorganisationen agierten. (SCMP, 1.4.02)

Unklar ist, inwieweit die Intervention Beijings die Reaktion auf zwei Protestschreiben darstellt, die von Seiten der International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU), verbunden mit entsprechenden formalen Beschwerden an die International Labour Organization (ILO) am 15. und 27. März an Jiang Zemin ergangen sind. Darin drückte die internationale Nichtregierungsorganisation ihre Empörung über die Missachtung der in den spontan gegründeten Gewerkschaftsorganisationen vertretenen Arbeiterinteressen durch die chinesischen Behörden aus, die nicht nur im Widerspruch zu den Konventionen der ILO, sondern auch zu den verlautbarten reformpolitischen Zielen der parteistaatlichen Führung selbst stände. (www.icftu.org, Dokumente vom 15., 27.3.02)

Auch aus dem ebenfalls in der Provinz Liaoning gelegenen Ort Fushun sowie aus anderen Landesteilen wurden in den vergangenen Wochen Arbeiterunruhen kleineren Ausmaßes bekannt. Verschiedenen Berichten zu Folge sollen in den Provinzen Sichuan und Jiangxi sowie in der Hauptstadt Beijing selbst jeweils zwischen mehreren hundert und mehreren tausend Personen gegen ausstehende Gehaltszahlungen und andere Missstände in staatlichen Betrieben protestiert haben. (SCMP, 1.4.02; *Economist*, 6.4.02). Eine US-amerikanische Quelle sprach von Arbeiterprotesten in mehr als einem Dutzend Provinzen, darunter in Ningxia, Xinjiang, Sichuan, Hubei, Hunan, Henan, Liaoning, Heilongjiang, Guangdong und Beijing (*China Brief*, 11. April 2002). Eine Hongkonger Quelle wollte sogar von Unruhen in 31 Städten in 16 Provinzen wissen (ZM, 2002/4, S.19/20).

Die Protestursachen sind keineswegs neu. Die seit 1998 intensiviert betriebene Reform maroder Staatsunternehmen, die zu zahlreichen Freisetzungen von Fabrikarbeitern geführt hat, birgt angesichts des bislang kaum funktionsfähigen sozialen Sicherungssystems bereits an sich erheblich sozialen Sprengstoff. Mit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation verbindet sich zudem die Aussicht eines verstärkten internationalen Wett-

bewerbsdrucks, der auch den lokalen Regierungen zunehmend gebietet, betrieblichen Effizienzerwägungen in Zweifelsfällen den Vorzug vor sozialen Puffermaßnahmen zu geben. Besonderen Unmut bei den von Restrukturierungsmaßnahmen und Entlassungen betroffenen Arbeitern erregte aber in den vergangenen Jahren die offenbar zunehmende Verbreitung korrupter Praktiken unter den Betriebsleitungen. So finden sich immer wieder Hinweise darauf, dass staatliche Funktionäre sich im Zuge bewusst forcierter Privatisierungen von Unternehmen oder Unternehmensteilen oder, wie oben dargestellt, durch „falschen Bankrott“, also die Vortäuschung betrieblicher Insolvenz, erhebliche Teile des Betriebsvermögens illegal aneignen. Da es ebenfalls seit Jahren gängige Praxis ist, im Zuge von betrieblichen Finanzierungsmaßnahmen die Belegschaft zu verpflichten, Anteilsscheine ihrer Betriebe zu erwerben, verlieren die Arbeitnehmer in solchen Fällen neben ihrer Arbeitsstelle häufig auch beträchtliches Sparvermögen. (Vgl. etwa *Washington Post*, 21.1.02; SCMP, 23.3.02)

Während diese Probleme und Missstände seit geraumer Zeit bestehen und in allen Landesteilen, insbesondere auch im nordostchinesischen „Rostgürtel“, der besonders unter dem Erbe der maroden Staatsindustrie leidet, wiederholt Arbeiterproteste ausgelöst haben, zeichnen sich anlässlich der jüngsten Arbeiterunruhen einige zumindest ansatzweise neue Protestformen und Tendenzen ab. Im Tenor waren bisherige Arbeiterproteste regelmäßig als betrieblich bzw. lokal begrenzte Aktionen wahrgenommen worden, die zweckgebunden auf eine pragmatische Lösung ihrer spezifischen Probleme hinzuwirken versuchten, auf überregionale Vernetzungen oder politische Programme dagegen verzichteten. Im Unterschied zu früher bekannt gewordenen Arbeiterprotesten fallen (freilich vorbehaltlich möglicher verzerrter Informationen der disparaten Quellen) die folgenden Punkte ins Auge:

- die hohe Zahl der an den Protesten Beteiligten (bis zu 50.000) und die lange Dauer der Proteste (ein Monat wie im Fall von Daqing);

- die Koordination von Arbeitern aus mehreren Fabriken (in Liaoyang angeblich aus über zwanzig Fabriken);
- die offensive Gründung von unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen durch Initiative von unten, mit Anspruch auf Legitimität der Arbeiterinteressenvertretung (Daqing und Liaoyang);
- die Politisierung der Arbeiterinteressen, die sich nicht nur in der Provokation des parteistaatlichen Organisationsmonopols durch die Gründung unabhängiger Gewerkschaften, sondern auch in der Kritik an der Aufgabenverfehlung des Volkskongresses (Liaoyang) äußert;
- schließlich die Tatsache, dass internationale Nichtregierungsorganisationen und Medien die Vorgänge in China regelmäßig verfolgen und eine relativ dichte Berichterstattung leisten bzw. die Proteste gegen die chinesischen Behörden aufnehmen – ein Umstand, der in China selbst gewisse Feedback-Effekte erzeugen dürfte.

Angesichts dieser – zumindest ansatzweise – neuartigen Tendenzen und Organisationsformen stellt sich abschließend die Frage, ob die jüngsten Proteste den Auftakt zu einer Welle von groß angelegten Arbeiterunruhen oder gar den Funken zu einer Explosion sozialer Unruhe größeren Ausmaßes liefern könnte. So weit sich auf der Grundlage der beschränkten Informationen über die komplexe Situation überhaupt eine vorläufige Einschätzung geben lässt, ist eine zunehmende Politisierung – etwa nach dem in China allseits bekannten Vorbild der polnischen Solidarnosc – oder gar eine soziale „Funkenwirkung“ nicht gänzlich auszuschließen. Unklar ist, inwieweit inzwischen eine überregionale organisatorische Vernetzung der Proteste zustande gekommen ist. Hier ist nicht auszuschließen, dass sich entsprechende Bestrebungen von Gewerkschaftsaktivisten im Untergrund nach und nach verdichtet haben, eventuell auch vermittelt von Kontakten zu Gewerkschaftsorganisationen außerhalb Chinas.

Zugleich ist aber zu konstatieren, dass die parteistaatliche Führung, die durch die jüngsten Vorfälle offensichtlich stark alarmiert ist, sich der Möglichkeit einer politischen und sozialen Destabilisierung durchaus bewusst ist und entsprechende Maßnahmen ergreift. Wie der Verlauf der Arbeiterunruhen andeutet, hat sich die bewährte Kombination von pragmatischen Befriedungsmaßnahmen (die Bereitstellung staatlicher Gelder zur Auszahlung der ausstehenden Gehälter) einerseits und von staatlicher Gewaltanwendung (Einsatz von bewaffneter Polizei, Paramilitär, Verhaftung von Aktivisten) andererseits auch diesmal als weitgehend erfolgreich erwiesen, die Unruhen ohne größere Gewaltausbreitungen zu beenden. Gegen eine rapide Eskalation der Unruhen spricht auch, dass die Toleranzschwelle der parteistaatlichen Führung gegenüber reformpolitisch bedingten Protesten über die vergangenen Jahre deutlich angestiegen ist. So wird in der Öffentlichkeit, wenn auch nicht über die Proteste selbst, so doch über die dahinter liegenden Missstände inzwischen relativ offen diskutiert (vgl. etwa die Debatten auf der jüngsten Plenartagung des Nationalen Volkskongresses, dargestellt im hinteren Teil dieses Heftes). Entsprechend zeigen sich im Fall von Protestaktionen die staatlichen Behörden – ebenso wie die Protestierenden zumeist auch selbst – relativ kompromissbereit. Eine nachhaltige Politisierung größerer Bevölkerungsteile wurde so bislang offenbar vermieden. Allerdings kann ein solcher Prozess für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden, so lange das Dilemma zwischen wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit des staatlichen Sektors und sozialer Sicherung der dort Beschäftigten nicht gelöst ist. -hol-

12 Falungong-Anhänger unterbrechen staatliches Kabelfernsehen in Nordostchina

Die Protestaktionen der Falungong-Bewegung in China reißen nicht ab. Die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses, die in der ersten Märzhälfte in Beijing stattfand, gab wiederum Anlass für – im wahrsten Sinne des Wortes – medienwirksame Auftritte von ausländischen und heimischen Falungong-Anhängern.

Nachdem es bereits im November 2001 und erneut im Februar dieses Jahres jeweils mehreren Dutzend ausländischen Falungong-Anhängern gelungen war, auf dem stark bewachten Tiananmen-Platz im Zentrum Beijings gegen die staatliche Verfolgung der Bewegung zu demonstrieren, wurden auch am 5. März, dem Eröffnungstag der NVK-Tagung, Proteste verzeichnet. Unterschiedlichen Medienberichten zufolge sollen mindestens sieben Personen, darunter mindestens vier australische Staatsbürger, unterhalb des Portraits Mao Zedongs, das am Tiananmen-Tor am nördlichen Rand des Platzes angebracht ist, für kurze Zeit Banner entrollt haben, bevor sie von Sicherheitskräften in Gewahrsam genommen wurden.

Während derartige Szenen, die sich seit nunmehr beinahe drei Jahren wiederholen, in der internationalen Öffentlichkeit sehr stark, in der chinesischen Öffentlichkeit dagegen kaum wahrgenommen werden, ist Falungong-Anhängern ebenfalls am 5. März in der nordostchinesischen Stadt Changchun eine sensationelle Protestaktion gelungen, mit der sie ein heimisches Publikum von bis zu einer Million Menschen erreicht haben könnten. Changchun, die Hauptstadt der Provinz Jilin, ist der Geburts- und ehemalige Wirkungsort von Li Hongzhi, dem Gründer und seit 1995 in den USA lebenden „Meister“ der Falungong-Bewegung. Angeblich sollen sich in Changchun und den umliegenden Regionen noch immer signifikante Teile der Bevölkerung heimlich zu der Bewegung bekennen.

Wie verschiedene Quellen berichteten, stellten Falungong-Anhänger am Abend des 5. März an zwei Stellen unerkannt Anschlüsse an das Kabelnetz des staatlichen Fernsehsenders der Stadt her. Mittels einer tragbaren Videoausrüstung gelang es ihnen, das Programm auf acht der insgesamt 32 Kabelkanäle des Senders zu unterbrechen und stattdessen eigene Sendungen auszustrahlen. Unterschiedlichen Berichten zufolge wurden die offiziellen Programme vor 20 Uhr für kurze Zeit und nach 20 Uhr für längere Zeit unterbrochen; die Angaben variieren zwischen 15 und 50 Minuten kontinuierlicher Ausstrahlung der Falungong-Sendungen. Da der gekaperte Sender der größte lokale Anbieter

für Kabelfernsehen in der Provinz Jilin mit knapp 300.000 Kunden Haushalten ist, könnten bis zu einer Million Zuschauer Zeugen der Aktion gewesen sein. Die Unterbrechung des offiziellen Programms auf acht Kanälen (darunter dem Nachrichten-, Finanz-, Spielfilm- und Sportkanal) verursachte umso mehr Irritation, als das Fernsehpublikum an diesem Abend die Ausstrahlung der Eröffnungsveranstaltung des NVK, eines der jährlichen Medienhöhepunkte erwartete.

Anstatt des offiziellen Programms speisten die „Kabelpiraten“ zwei Falungong-Filme in die staatlichen Fernsehkanäle ein: Der erste Streifen mit dem Titel „Falungong findet weltweite Verbreitung“ stellte die Person Li Hongzhi und die Grundideen der Falungong-Bewegung vor; darauf folgte ein zweiter Streifen mit dem Titel „Selbstopferung oder Täuschung?“, der mittels detaillierter Dokumentationen nachzuweisen versuchte, dass es sich bei der Selbstverbrennungsaktion von fünf mutmaßlichen Falungong-Anhängern im Januar 2001 tatsächlich um eine geschickt inszenierte Täuschungsaktion der chinesischen Führung gehandelt habe. Die Selbstverbrennungsaktion hatte damals entscheidend dazu beigetragen, die chinesische und die internationale Öffentlichkeit gegen die Falungong-Bewegung einzunehmen. Seither sind internationale Vertreter der Bewegung bemüht, die Öffentlichkeit zu überzeugen, dass die Aktion nicht das Werk „echter“ Falungong-Anhänger gewesen sein kann (vgl. C.a., 2001/1, Ü 13, 2001/2, Ü 13, 2001/3, Ü 13).

Hongkonger Berichten zu Folge sollen zahlreiche überraschte Fernsehzuschauer gleichzeitig versucht haben, die lokale Polizei über die als nicht dem offiziellen Programm zugehörig identifizierten Sendungen zu informieren. Da die Polizei-Hotline von Changchun daraufhin wegen Überlastung zusammenbrach, sollen einige Personen die Hotline der Polizei in Beijing gewählt haben, die wiederum die anlässlich der NVK-Tagung versammelten Partei- und Regierungsvertreter der Provinz Jilin und der Hauptstadt Beijing umgehend alarmierte. Noch am selben Abend wurde angeblich eine Spezialeinheit des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit und der Polizei gebildet und nach Changchun ausge-

sandt, um den Hergang der Ereignisse aufzuklären und verdächtige Personen aufzuspüren. Laut einem Artikel der offiziellen Tageszeitung Changchun wurde bereits am Folgetag ein Verdächtiger festgenommen, nach zwei weiteren Personen wurde gefahndet.

Unbestätigten Berichten internationaler Falungong-Vertreter zu Folge sollen in Reaktion auf den Vorfall in der Provinz Jilin bis Ende März rund 5.000 Falungong-Anhänger von Sicherheitskräften überprüft worden sein, nachdem Staatspräsident Jiang Zemin angeblich persönliche Maßnahmen gegen in der Region verbliebene Sympathisanten der Bewegung angeordnet hat. Aus Hongkong wird ferner berichtet, dass staatliche Medienorganisationen landesweit angewiesen worden seien, ihre Mitarbeiter auf mögliche Verbindungen zur Falungong-Bewegung hin zu überprüfen. Angeblich soll es bereits vor dem 5. März Falungong-Anhängern gelungen sein, offizielle Fernsehprogramme in den Provinzen Liaoning (Nordostchina) und Sichuan (Südwestchina) kurzzeitig durch eigene Videoclips zu unterbrechen.

Unklar ist bisher, welche Personen diese äußerst wagemutigen Eingriffe in den staatlichen Medienapparat der VR China unternommen haben und inwieweit dabei auf die organisatorischen Ressourcen der internationalen Falungong-Netzwerke zurückgegriffen wurde. Angesichts der ausgereiften Computer- und Videotechniken, vor allem auch der weiten Verbreitung von Hard- und Software zum Abspielen digitaler Videodisketten (DVD, VCD) in China dürfte insbesondere die Kontrolle von unter der Hand vertriebenen Falungong-Produkten dieser Art sehr schwierig sein. Als sicher kann allerdings gelten, dass diejenigen, die solche Materialien in China verbreiten, dabei ein sehr hohes persönliches Risiko eingehen. (*Ming Pao*, 7.3.02, nach FBIS, 7.3.02; Hong Kong AFP, 7., 8., 25.3.02, nach FBIS, 7., 8., 25.3.02; IHT, 8.3.02; *Washington Post*, 8.3.02; *The Straits Times*, 8.3.02; SCMP, 11.3.02; FAZ, 8., 14.3.02; ZM, 2002/4, S.44) -hol-

13 Widersprüchliche Spekulationen über die politische Zukunft Zhu Rongjis

Der Auftritt von Ministerpräsident Zhu Rongji während der diesjährigen Tagung des Nationalen Volkskongresses hat Anlass für zahlreiche Spekulationen in den internationalen Medien gegeben, die sich erneut um die Frage ranken, ob er nach Ablauf der jetzigen Amtszeit im März 2003 sein Amt an einen Nachfolger übergeben oder aber doch eine zweite Amtsperiode anstreben wird.

Während einige Kommentatoren von dem „erschöpften“ und „abgearbeiteten“ Erscheinungsbild des 73-Jährigen im Fernsehen darauf schlossen, dass dieser dem baldigen endgültigen Abschied von seiner politischen Karriere offenbar überaus bereitwillig entgegen sehe, erkannten andere in Zhu Rongjis Äußerungen auf einer Pressekonferenz Signale dafür, dass er durchaus Ambitionen für eine zweite Amtszeit hege.

Grund für die letztere Deutung waren verschiedene Antworten Zhu Rongjis auf Fragen nach der zukünftigen Besetzung seines Amtes. So war er mit den Aussage zu vernehmen: „Da ich selbst nicht weiß, wer der nächste Ministerpräsident sein wird, wie kann ich Ihnen da eine Antwort geben?“, und „Man hat mir diese Frage unzählige Male gestellt, und meine Antworten führen immer wieder zu der gleichen Art müßiger Spekulationen. Daher kann ich nur sagen: Gedulden Sie sich. Sie werden die Antwort bald erhalten.“ Hongkonger China-Watcher sehen diese Aussagen in deutlichem Kontrast zu früheren Äußerungen Zhu Rongjis etwa anlässlich seiner Europareise im September 2001, als er Reportern gegenüber feststellte, dass er schon zu alt sei und deshalb für eine zweite Amtszeit nicht mehr bereit stünde.

Wie sind derartige Spekulationen zu bewerten? Tatsächlich könnte ein signifikanter Unterschied in den Mechanismen der Rezeption derartiger personalpolitischer Äußerungen zwischen westlichen Staaten und China bestehen. So weisen Hongkonger Kommentatoren darauf hin, dass die Auskünfte Zhu Rongjis über die altersbedingte Beendigung seiner politischen

Karriere im September letzten Jahres als Bestätigung eines sich allmählich durchsetzenden „rational-bürokratischen“ Verhaltens vom westlichen Publikum gerne als glaubhaft hingenommen wurden. Unter den Gerontokraten der Führungsspitze in Beijing dagegen hätten die damaligen nüchternen Worte des Ministerpräsidenten erheblichen Unmut erzeugt, weil Zhu Rongji mit seiner Ankündigung eines Rückzugs aus Altersgründen öffentlichen Erwartungsdruck auch auf andere hochrangige Altersgenossen erzeugt habe, sich ebenfalls dem Diktat eines altersbedingten Ausscheidens aus ihren Ämtern zu beugen. Insbesondere Jiang Zemin und Li Peng, denen nachgesagt wird, dass sie durchaus länger im Amt bleiben würden, sollen sich im vergangenen Herbst sehr empört und gemahnt haben, dass es „Sache des ordnungsgemäßen Prozederes der Regierung sei“, ob Zhu Rongji im Frühjahr 2003 aus seinem Amt ausscheide oder nicht.

In dieselbe Kerbe schlagen auch Kommentare zu der Äußerung eines offiziellen Sprechers während der jüngsten NVK-Tagung, der angab, dass für das Amt des Staatspräsidenten zwar eine Mindestaltersgrenze von 45 Jahren, aber keine Altershöchstgrenze bestehe. Damit, so wurde gefolgert, würde ein Tor für eine fortgesetzte Amtszeit von Spitzenpolitikern geöffnet, die das siebzigste Lebensjahr bereits überschritten haben.

Diesen Spekulationen über einen aufgeschobenen Abschied Zhu Rongjis (wie auch Li Pengs und Jiang Zemins) kann aber das folgende – gewissermaßen aus der ureigenen Logik des Hongkonger „Kaffeesatzlesens“ selbst abgeleitete – Argument entgegengehalten werden: So mag zwar Zhu Rongjis Verzicht auf eine eindeutige Äußerung über seine politische Zukunft durchaus dem Bemühen geschuldet sein, der autoritativen Weisheit der Führungsspitze nicht noch einmal vorzugreifen. Damit aber wäre keineswegs gesagt, dass er einer zweiten Amtszeit selbst positiv gegenübersteht.

Damit erwiese sich die oben zitierte Prognose Zhu Rongjis als richtig, die lautete, dass, was auch immer er mit Bezug auf den nächsten Ministerpräsidenten äußern würde, nur Anlass für müßige Spekulationen böte. Tatsäch-

lich sind in den vergangenen Monaten keine wirklich triftigen Faktoren bekannt geworden, die dagegen sprechen würden, dass der jetzige stellvertretende Ministerpräsident Wen Jiabao, der seit längerem als aussichtsreichster Kandidat gehandelt wird, im kommenden Frühjahr die Nachfolge Zhu Rongjis im Amt des Ministerpräsidenten antritt.

Für ein altersgemäßes Ausscheiden Zhu Rongjis spricht auch die Tatsache, dass in den Medien inzwischen wiederholt Erfolgsbilanzen über seine Amtszeit als Ministerpräsident liefern, die sich gewissermaßen als Testament Zhus verstehen. Als Erfolge seiner Tätigkeit seit 1998 besonders herausgestellt werden seine Initiativen in den Bereichen der Reform des staatlichen Unternehmens- und Bankensektors sowie des Wohnungsbau-, des Gesundheits- und des Steuerwesens. Gelobt werden außerdem seine unermüdlischen Anstrengungen auf dem Gebiet der Verschlankung der öffentlichen Verwaltung, der Korruptionsbekämpfung und der Auflösung kommerzieller Netzwerke des chinesischen Militärs. Auch bei der Abwendung negativer Folgen der Asienkrise, bei der Stabilisierung des Wechselkurses des Yuan und bei dem erfolgreichen Abschluss der WTO-Beitrittsverhandlungen wird Zhu Rongji, der Attribute wie etwa „Wirtschaftszar“ oder „der Gorbatschow Chinas“ regelmäßig von sich gewiesen hat, ein wichtiger positiver Beitrag zuerkannt.

Andere Stimmen sind in ihrer Bewertung der Leistungen des Ministerpräsidenten deutlich zurückhaltender. So wurde in einem Artikel des *Wall Street Journal* Mitte März argumentiert, dass Zhu Rongji vor allem deshalb ein so bärbeißiges, bisweilen gar tyrannisches Auftreten an den Tag lege, um die Tatsache wettzumachen, dass seine machtpolitische Basis sehr schmal sei. Im Vergleich zu manch einem Ministerpräsidenten der Vergangenheit gehe sein politischer Einfluss über den Bereich der Wirtschaft nicht hinaus; in außen- oder personalpolitischen Fragen etwa spielte seine Position keinerlei Rolle. Als Alternative zu dem subtilen machtpolitischen Fädenziehen, das den politischen Stil der meisten seiner Kollegen auszeichne, sei Zhu Rongji nur die Flucht nach vorne geblieben. So habe er sich

sehr früh einen Ruf als unerbittlicher Mahner dringender Wirtschaftsreformen erworben. Damit habe er sich allerdings zugleich in eine sehr ausgesetzte Position begeben, da sich jeder Widerstand und jede Kritik an den ehrgeizigen Reformschritten mehr oder weniger zwangsläufig gegen seine Person richten musste.

Aus dieser Position heraus habe Zhu Rongji die von ihm selbst sehr hoch gesteckten Ziele faktisch nur in den seltensten Fällen erreicht. Vielmehr habe er sich schon früh genötigt gesehen, Erfolge vorzuspiegeln, wo diese angesichts der beträchtlichen bürokratischen Widerstände gegen die von ihm initiierten Reformmaßnahmen ausgeblieben seien. Dies gelte für sein ehrgeiziges Reformprogramm im staatlichen Unternehmenssektor, der de facto nach wie vor ineffizient und hochgradig verschuldet sei, ebenso wie im Bankensystem, dessen Last an einbringlichen Krediten kaum reduziert werden konnte. Stattdessen hätte der wirtschaftspolitische Aktionismus Zhu Rongjis, den chinesischen Medien angeblich als „Defizit-Premier“ tituliert haben, einen schwer abzubauenen Schuldenberg im Staatshaushalt erzeugt, ohne dabei die gravierenden sozioökonomischen Probleme der städtischen und vor allem der ländlichen Bevölkerung gelöst zu haben.

Allerdings macht der Autor des besagten Artikels nicht die Person Zhu Rongjis, sondern vielmehr die „Lähmung“ der parteipolitischen Institutionen und der Bürokratie Chinas für die geringen Erfolge der Reformmaßnahmen verantwortlich, an deren Widerstand der Ministerpräsident gescheitert sei: „And if someone with such willpower and many good ideas was unable to make much of a difference“, so endet der Kommentar, „it's hard to be optimistic about his successor, whoever he may be.“ (WSJ, 18.3.02; vgl. auch ZM, 2002/4, S.46-48; *The Straits Times*, 16., 19.3.02; Xinhua, 4.3.02, nach BBC PF, 4.3.02; FAZ, 16.3.02) -hol-

14 Neue Führungsgeneration auf Provinzebene nimmt weiter Gestalt an

Im Zuge der Vorbereitung auf den 16. Parteitag der KPCh, der im Herbst

dieses Jahres bevorsteht, ist inzwischen ein signifikanter Anteil der Spitzenämter von Partei und Regierung auf Provinzebene neu besetzt worden. Im Allgemeinen gut informierte Medien in Hongkong und Asien kommentierten im März den gegenwärtigen Stand des Führungswechsels in den Provinzen.

Von den insgesamt 31 Verwaltungseinheiten auf Provinzebene (21 Provinzen, sechs Autonome Regionen und die vier regierungsunmittelbaren Städte Beijing, Shanghai, Tianjin und Chongqing) sind seit Beginn des letzten Jahres in 14 Provinzen die Parteikomitees verjüngt worden. Bis Mitte 2002 soll dieser Prozess in insgesamt 17 Provinzverwaltungseinheiten abgeschlossen sein. In sieben Provinzen wurden seit Beginn letzten Jahres die Ämter der Parteisekretäre neu besetzt, nämlich in der Inneren Mongolei, in Jiangxi, Hubei, Hainan, Yunnan, Guizhou und Qinghai. Mehrere der neuen Parteisekretäre bringen Verwaltungserfahrungen aus der Zentralregierung mit: So war der neue Parteisekretär der Provinz Hubei, Yu Zhengsheng, zuvor Bauminister; Zhou Yongkang, der neue Parteisekretär der Provinz Sichuan (seit Januar 2000), war vormals Minister für Bodenverwaltung und natürliche Ressourcen, und Bai Keming, der neue Parteisekretär der Provinz Hainan, hatte ehemals das Amt des Leiters des Parteiorgans *Volkszeitung* inne.

Unter den neu eingesetzten Provinzgouverneuren stammen bereits elf aus der jüngeren „vierten“ Führungsgeneration, nämlich die Regierungschefs der Provinzen Liaoning (Bo Xilai), Yunnan (Xu Rongkai), Shandong (Zhang Gaoli), Gansu (Lu Hao), Guizhou (Shi Xiushi), Jiangxi (Huang Shiquan), Fujian (Xi Jinping), Qinghai (Zhao Leji) und Henan (Li Keqiang), der Autonomen Region Innere Mongolei (Frau Uyunqimq) und der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai (Chen Liangyu). Internationales Aufsehen hatte im Dezember 2001 die Neubesetzung des Amtes des Shanghaier Bürgermeisters (mit Rang eines Provinzgouverneurs) erregt.

Im Gesamtkontext des Generationswechsels unter den Provinzgouverneuren wird die Abberufung des bisherigen Bürgermeisters, des 64-jährigen

Xu Kuangdi, die mit allerlei Spekulationen über persönliche Konflikte bzw. Verfehlungen belegt worden war, als reguläre Maßnahme im Rahmen der allgemeinen Verjüngung erklärt. Angesichts der Altersgrenze von 65 Jahren für Führungsämter auf Provinzebene sollte vermieden werden, dass Inhaber solcher Ämter, die bereits nahe an dieser Altersgrenze sind, in das im Herbst 2002 neu zu konstituierende Zentralkomitee gewählt werden, um kurz darauf wieder daraus auszuschneiden (vgl. C.a., 2001/12, Ü 9). Ein ähnliches Schicksal ereilte auch den bisherigen Parteisekretär von Hubei, Jiang Zhuping, der dem so genannten „64-Jahre-Phänomen“ gemäß ebenfalls im Dezember 2001 abberufen worden war.

Als Merkmale der neuen Provinzfürherer werden vor allem das jüngere Alter sowie der höhere Bildungsstand und ein Mehr an Auslandserfahrungen im Vergleich zur vorangehenden Generation benannt. Drei der neuen Provinzgouverneure sind nun unter 50: der 45-jährige Gouverneur der Provinz Qinghai, Zhao Leji, der 46-jährige Gouverneur der Provinz Henan, Li Keqiang, und der 48-jährige Gouverneur der Provinz Fujian, Xi Jinping. Unter den 31 Provinzregierungschefs befinden sich gegenwärtig nur noch elf, die das 60. Lebensjahr bereits überschritten haben. Im Vergleich der vier regierungsunmittelbaren Städte liegt das Durchschnittsalter der Regierungsmannschaft in Shanghai (ein Bürgermeister und sieben Stellvertreter) mit 53 Jahren am niedrigsten (Beijing: 54,3 Jahre; Tianjin: 54,4 Jahre; Chongqing: k.A.). Unter den 31 Provinzparteisekretären sind gegenwärtig noch 15 bereits 60 Jahre oder älter.

Was den Bildungsstand angeht, so verfügen inzwischen 56 der insgesamt 62 Provinzparteisekretäre und -gouverneure, also rund 90%, über einen Hochschulabschluss (vom Bachelorabschluss aufwärts). Zwei Provinzgouverneure, nämlich Bo Xilai (Provinz Liaoning) und Li Keqiang (Provinz Henan) haben ihre Studien an der renommierten Beijing-Universität abgeschlossen; an der ebenfalls renommierten Qinghua-Universität haben vier Personen ihren Abschluss erworben, nämlich Tian Chengping, der Parteisekretär der Provinz Shan-

xi, Qu Guanzheng, der Parteisekretär der Provinz Shandong, Xi Jinping, der Gouverneur der Provinz Fujian, und Xu Rongkai, der Gouverneur der Provinz Yunnan.

Die Forderung nach immer höheren Ausbildungsqualifikationen hat auch eine Kehrseite. So kritisierte Prof. Zhao Shiqing in seiner Funktion als NVK-Abgeordneter auf der jüngsten Jahrestagung des Organs die zunehmend verbreitete Praxis unter hochrangigen Funktionären, sich akademische Diplome zu beschaffen, ohne die dafür nötigen Qualifikationen tatsächlich zu erbringen. Immer häufiger würden sogar Dokortitel an Kandidaten vergeben, die ihre Abschlussarbeit von anderen Personen hätten verfassen lassen. Der Drang von Partei- und Regierungsfunktionären, ihre Karrierechancen durch den Nachweis von Hochschulabschlüssen zu verbessern, habe in den vergangenen Jahren eine erhebliche Korruption akademischer Kreise bewirkt.

Als Musterbeispiel der neuen Führungsgeneration gilt in mehreren Presseberichten Chen Liangyu, der inzwischen 56-jährige Nachfolger Xu Kuangdis im Amt des Shanghaier Bürgermeisters, in dem er Ende Februar 2002 auch offiziell bestätigt wurde: relativ jung, durch zahlreiche Partei- und Regierungsämter politisch erfahren, mit hervorragendem ideologisch-moralischem Ruf, kann er nicht nur einen neunmonatigen Aufenthalt an der britischen Birmingham-Universität im Jahr 1992, sondern auch zahlreiche hervorragende Kontakte zu hochrangigen Vertretern der zentralen Partei- und Regierungsspitze vorweisen. Analog zu mehreren Vorgängern im Amt des Shanghaier Bürgermeisters werden ihm daher allgemein große Chancen auf eine weitere politische Karriere in Beijing eingeräumt. (XNA, 26.2.02; *Wen Wei Po*, 2.3.02, nach FBIS, 2.3.02; *The Straits Times*, 9.3.02; Xinhua, 11.3.02, nach BBC PF, 11.3.02; GJJ, 2002/4, S.24/25, 50)-hol-

15 Probleme im lokalen Polizeiwesen

Mitte März fand in Hangzhou eine nationale Konferenz zum Thema der öffentlichen Sicherheit und der Ar-

beitsbedingungen lokaler Polizeikräfte statt. Der offizielle Bericht gibt einen Einblick in die Probleme, die mit der alltäglichen Arbeit chinesischer Polizisten „an der Basis“ offenbar verbunden sind.

Als höchstrangiger Teilnehmer der Konferenz benannte Jia Chunwang, der Minister für Öffentliche Sicherheit, die bestehenden Probleme zunächst nur vage. So wurde er explizit mit den Worten zitiert, dass „die Grundlagen der örtlichen Polizeiwachen nach wie vor verhältnismäßig schwach“ seien und „zahlreiche Probleme nach einer dringenden Lösung verlangten“, denn die „Fähigkeit der örtlichen Polizeiwachen, Gesetzesverstöße und kriminelle Straftaten aufzuklären, zu verhüten, zu kontrollieren und zu ahnden, sei stark beeinträchtigt.“

Deutlich konkreter wurden die Missstände im lokalen Polizeiwesen allerdings im Kontext der Forderungen des Ministers nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Polizeikräfte. So sollten die Organe für öffentliche Sicherheit dazu beitragen, die Verantwortlichkeiten und Aufgaben der örtlichen Polizeiwachen klar zu definieren und alles in ihren Möglichkeiten stehende tun, um die Aufgabenlast der Polizisten zu reduzieren. Um zu gewährleisten, dass die Polizeiwachen an der Basis ihre zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen auch tatsächlich auf die ihnen zugedachte Aufgabe der Wahrung der öffentlichen Sicherheit konzentrieren könnten, müssten die übergeordneten Verwaltungsorgane in Zukunft strikt davon Abstand nehmen, „feste Quoten für die Menge aufzuklärender Verbrechensfälle, die Zahl zu verhaftender Straftäter oder die zu erhebenden Bußgelder“ vorzuschreiben.

Andererseits sei es den Polizeikräften streng verboten, sich an „staatlichen Getreidesammelaktionen, der Eintreibung von Steuerabgaben, der Umsetzung der Familienplanung und anderen nichtpolizeilichen Aktivitäten“ zu beteiligen. Damit die Polizei ihre eigentlichen Aufgaben erfüllen könne, müsse in Zukunft sichergestellt werden, dass alle örtlichen Polizeiwachen über mindestens fünf Mitarbeiter verfügten, dass deren Gehälter pünktlich und in vollem Umfang ausbezahlt

würden. Auch müssten die Polizisten mit der nötigen Telekommunikations- und Transportausrüstung ausgestattet werden. Dies gelte insbesondere für die Polizeikräfte in Zentral- und Westchina, wo die Probleme besonders groß seien; hier sei zu gewährleisten, dass alle Polizeiwachen zumindest über Telefongeräte, Motorräder sowie schussichere Kleidung und Helme verfügten (*Fazhi Ribao*, 23.3.02, vgl. auch *Xinhua*, 22.3.02, nach BBC PF, 22.3.02).

Hinter diesen Ausführungen tun sich erhebliche Missstände auf. Zum Ersten weisen sie auf eine bedenkliche Überlastung örtlicher Polizeistationen durch bürokratische Vorgaben der ihnen vorgesetzten Verwaltungsbehörden hin, die von einer überkommenen Planerfüllungsmentalität zeugen. Indirekt bestätigt der Bericht dabei auch die offenbar verbreitete Praxis, Kriminalitätsbekämpfung nach behördlich vorab festgelegten – also im Wesentlichen willkürlichen – Quoten zu betreiben, was Reminiszenzen an den politischen Kampagnenstil zu Zeiten Mao Zedongs weckt.

Zum Zweiten verdeutlicht der Bericht die unklare Kompetenzabgrenzung der Polizei an der gesellschaftlichen Basis. Dort agieren die Sicherheitskräfte offenbar, wenn nicht nach dem Prinzip der eigenen Nutzenmaximierung, so als verlängerter Arm der Staatsgewalt überall dort, wo zur Durchsetzung politischer Vorgaben Zwangsausübung nötig ist, sei es im Bereich der Steuereintreibung oder der Durchsetzung der Ein-Kind-Familienpolitik. Einem Missbrauch polizeilicher Gewalt scheinen hier zahlreiche Einfallstore geöffnet. Zum Dritten führt der Bericht schließlich die sehr schlechte personelle, finanzielle und materielle Ausstattung vor Augen, von der offenbar zumindest ein Teil der örtlichen Polizeistationen betroffen ist. Dieser Umstand wiederum scheint verbreitete Klagen zu bestätigen, wonach lokale Polizeikräfte, um ihre bescheidenen Einkommen aufzubessern, vielerorts zur Korruption neigen.

Nachdem die Behörden für öffentliche Sicherheit die bestehenden Probleme und Missstände erkannt haben, bleibt abzuwarten, ob die von Jia Chunwang erhobenen Forderungen zu einer

nachhaltigen Verbesserung der Situation führen. Die Szenarien einer wachsenden Bedrohung durch verschiedene Formen der Kriminalität, mit denen sich die staatliche Führung – ob gerechtfertigt oder nicht, sei hier dahingestellt – konfrontiert sieht, lässt erwarten, dass in den kommenden Monaten und Jahren vermehrte Ressourcen aufgebracht werden, um die Arbeit der Polizei effizienter zu gestalten. -hol-

16 Verhaltenskodices zur Stärkung der Moral im öffentlichen Dienst

Nachdem das Zentralkomitee der KP-Ch im Oktober 2001 einen für alle Staatsbürger verbindlichen offiziellen Moralkodex festgelegt hat (C.a., 2001/10, Ü 14), wurden nun auch für Angehörige des öffentlichen Dienstes und der Justiz Verhaltenskodices verabschiedet. Der Ende Februar vom Ministerium für Personalwesen bekannt gegebene „Verhaltenskodex für Staatsbedienstete“ und der Anfang März von der Obersten Staatsanwaltschaft verkündete „Kodex für einen Berufsethos der Staatsanwälte“ umreißen die moralischen und ethischen Grundwerte, an denen sich die benannten Gruppen zukünftig orientieren sollen.

Der „Verhaltenskodex für Staatsbedienstete“ empfiehlt die folgenden Verhaltenskriterien, die zukünftig auch als Grundlage für individuelle Bewertungen von Amtsträgern herangezogen werden sollen:

- einen klaren politischen Standpunkt einzunehmen;
- sich dem Staat gegenüber loyal zu verhalten;
- gewissenhaft dem Volk zu dienen;
- gesetzestreu die Verwaltungsaufgaben auszuführen;
- pragmatisch und innovativ zu sein;
- unbestechlich, aufrichtig und gerecht zu sein;
- dem Einheitsprinzip zu folgen;
- ein moralisch einwandfreies Verhalten an den Tag zu legen.

Der „Kodex für einen Berufsethos der Staatsanwälte“ beschränkt sich auf vier Kriterien, die dafür umso präziser umschrieben sind:

- *Loyalität:* Staatsanwälte sollten sich gegenüber der Partei, dem Land, dem Volk, gegenüber Wahrheit und Gesetz sowie gegenüber ihrem Auftrag als Staatsanwälte loyal verhalten; ihre Ämter sollten sie ehrenvoll und engagiert ausfüllen;
- *Gerechtigkeit:* Staatsanwälte sollten die Herrschaft des Gesetzes achten, objektiv nach der Wahrheit forschen, ihren staatsanwältlichen Aufgaben unabhängig und gesetzestreu nachkommen, dem Prinzip folgen, dass alle Personen vor dem Gesetz gleich sind, und Gerechtigkeit im Verfahrensprozess wahren;
- *Unbestechlichkeit:* Staatsanwälte sollten den Gesetzen und Disziplinregeln in vorbildhafter Weise folgen, sich nicht bestechen lassen, nicht nach Ruhm und Reichtum streben, sich nicht von persönlichen Bestrebungen leiten lassen, Selbstachtung an den Tag legen und sich bereitwillig dienstlicher Aufsicht unterstellen;
- *Strenge:* Staatsanwälte sollten in der Anwendung des Gesetzes streng sein, für zivilisierte Verfahrensabläufe sorgen, prinzipientreu sein und sich keinem Druck beugen, strenge Aufsicht üben, beherzt eigene Fehler korrigieren und die Würde der Verfassung und des Rechts verteidigen.

Zwar wird in den Reihen der Partei und der Verwaltung allgemein seit langem gefordert, den Aufwand für nicht fachbezogene Sitzungen, ideologische Schulungen etc. im öffentlichen Dienst zu reduzieren, um die Bewältigung der eigentlichen Verwaltungsaufgaben zu erleichtern. Zur Vermittlung der neuen Moralkodices jedoch werden nun erneut vielfältige Schulungs- und Propagandamaßnahmen empfohlen. Um sich dem Studium der neuen Verhaltensregeln widmen zu können, sollen

die Zielgruppen von ihren Dienstherren zeitweilig freigestellt werden. (Xinhua, 27., 28.2., 6.3.02. nach BBC PF, 27., 28.2., 6.3.02) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

17 Regierung betont Wichtigkeit von Wissenschaft und Erziehung

Auf der 5. Sitzung des 9. NVK hat Ministerpräsident Zhu Rongji in seinem Regierungsbericht, den er am 5. März 2002 vor dem Parlament abgab, die wichtige Rolle von Wissenschaft und Erziehung für die Entwicklung Chinas betont. Für die Wissenschaft hob er die Bedeutung der Grundlagenforschung hervor ebenso wie die Forschung auf den Gebieten der Hochtechnologie und der neuen Technologien sowie die selbstständige Innovationsfähigkeit. Für die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit sei die Modernisierung der industriellen Kapazitäten notwendig, ferner verstärkte Forschungsanstrengungen in den Schlüsseltechnologien sowie die schnelle Umsetzung der Forschungsergebnisse. Fachliche und branchenbedingte sowie regionale Grenzen sollten überwunden und ein integriertes Wissenschaftsmanagement eingeführt werden, in dem Ministerien der Zentrale, lokale Behörden, Hochschulen und Unternehmen zusammenarbeiten. Große und mittelgroße Unternehmen sollen technologische Entwicklungszentren aufbauen.

Die gleiche Bedeutung maß Zhu dem Bildungswesen bei, insbesondere hob er die Bedeutung qualitativer Bildung hervor. Die ideologisch-politische Arbeit an den Schulen soll intensiviert werden, Schüler und Studenten sollen umfassend moralisch, intellektuell, körperlich und ästhetisch gebildet werden. Die Anstrengungen zum nachhaltigen Ausbau der Grundbildung mit neunjähriger Schulpflicht und Abschaffung des Analphabetentums sollen verstärkt werden, insbesondere in den Armut- und Minderheitengebieten. Zu diesem Zweck soll die Reform der Schulverwaltung vo-

rangetrieben werden, durch die den Kreisen auf dem Lande die Hauptverantwortung für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht zukommt. Außerdem soll dafür gesorgt werden, dass die Lehrer ihre Gehälter rechtzeitig erhalten. Auf der Sekundarstufe II soll die Bildung ausgeweitet werden, auch der tertiäre Bildungssektor soll weiter ausgebaut werden. Hier sollen die Studiengänge durch eine Neustrukturierung der Fächer den neuen Verhältnissen angepasst werden. Verstärkte Aufmerksamkeit soll der beruflichen Bildung auf Sekundar- und Hochschulebene zukommen. Die diesbezüglichen Schwerpunkte liegen auf der Reform der Lehrpläne und der Lehrmaterialien, auf der Modernisierung des Lehrstoffs und der Verbesserung der Unterrichtsqualität. Die ideologische und fachliche Qualität der Lehrer insgesamt soll weiter angehoben werden. IT-gestützte Bildung sowie zeitgemäße Fernbildung sollen intensiviert werden. Die Regierung will mehr finanzielle Mittel für das Bildungswesen bereitstellen. Zugleich sollen nichtstaatliche Institutionen („gesellschaftliche Kräfte“) ermuntert werden, Schulen zu betreiben; die chinesisch-ausländische Zusammenarbeit beim Betreiben von Schulen wird unterstützt.

Um den Bedarf an qualifizierten Fachleuten zu befriedigen, will die Regierung eine aktive Politik gegenüber Fachleuten betreiben. Die gezielte Ausbildung hervorragender Fachleute, insbesondere solcher, die auf den Gebieten Hochtechnologie, internationales Finanzwesen, Betriebswirtschaft, Handel und Rechtswesen ausgebildet sind, soll beschleunigt werden. Das Auswahl- und Ernennungsverfahren, Prüfungs- und Begutachtungssystem sowie Anreiz- und Aufsichtssystem für Fachkader sollen verbessert werden. Vielversprechenden jungen Wissenschaftlern und Technikern sollen frühzeitig verantwortungsvolle Aufgaben erteilt werden. Hochrangige Fachleute aus dem Ausland sollen eingestellt werden und Auslandsstudenten zur Rückkehr in die Heimat bewegt werden. (RMRB, 17.3.02)

Zhu Rongjis Regierungsbericht bestätigt die Schwerpunkte der Wissenschafts- und Bildungspolitik der vergangenen Jahre und unterstreicht damit die Entschlossenheit der Regierung, die Strategie durchzusetzen, wo-